

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

74. Sitzung

am Mittwoch, dem 7. April 2004, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Roswitha Strauß (CDU)

Vorsitzende

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Hermann Benker (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

i. V. von Bernd Schröder

Uwe Eichelberg (CDU)

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Christel Aschmoneit-Lücke (FDP)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Gisela Böhrk (SPD)

Silke Hinrichsen (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes über die Zusammenlegung der „Energienstiftung Schleswig-Holstein“ mit der „Technologiestiftung Schleswig-Holstein“ zur „Innovationsstiftung Schleswig-Holstein“	5
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3133	
2. Entwurf eines Gesetzes über Seilbahnen für den Personenverkehr (Landesseilbahngesetz - LSeilbG)	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/ 3253	
3. Weitere GA-Mittel für die von Truppenreduzierung betroffenen Regionen in Schleswig-Holstein	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3164	
4. Förderpolitik der Landesregierung Zwischenbilanz beim Regionalprogramm 2000 (Pressekonferenz des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr vom 8. Dezember 2003)	10
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/3131	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3165	
5. Personalserviceagenturen	13
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3204	

- 6. Gestaltung „Deutsch-Deutscher Grenzweg“** 14
Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3163
- 7. Zukünftige Energiepolitik in Schleswig-Holstein** 15
Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3281
- 8. a) Sicherheit von Kernkraftwerken in Schleswig-Holstein (Drucksache 15/3269)** 16
- und
- b) Sicherheitskriterien für Atomkraftwerke (Drucksache 15/3291)**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3289
- 9. Terminplanung für das zweite Halbjahr 2004** 17
Umdruck 15/4333
- 10. Verschiedenes** 18

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, eröffnet die Sitzung um 10:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Zusammenlegung der „Energienstiftung Schleswig-Holstein“ mit der „Technologiestiftung Schleswig-Holstein“ zur „Innovationsstiftung Schleswig-Holstein“

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3133

(überwiesen am 22. Januar 2004 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Finanzausschuss, den Bildungsausschuss und den Umweltausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/4311, 15/4318, 15/4397 bis 15/4399, 15/4401

Abg. Müller weist für die SPD darauf hin, dass aufgrund der Tatsache, dass sich der beteiligte Umweltausschuss mit dem Gesetzentwurf noch nicht befasst habe, eine abschließende Beratung über die Vorlage in der heutigen Sitzung noch nicht möglich sei.

Abg. Benker unterbreitet den Vorschlag, am Rande der bevorstehenden Landtagstagung fraktionsübergreifend einen gemeinsam getragenen Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf zu formulieren.

Abg. Schmitz-Hübsch bedauert für die CDU-Fraktion sehr, dass eine abschließende Beratung des Gesetzentwurfs in der heutigen Sitzung nicht möglich zu sein scheine. Während sich die Vertreter der Fraktionen von CDU, FDP und SSW bemüht hätten, zur heutigen Beratung ihre Änderungsvorschläge vorzulegen, sei dies der SPD leider nicht möglich gewesen. Auch im Blick auf die Auswirkungen einer Verschiebung der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs im Plenum auf notwendige Personalentscheidungen bei den bisherigen beiden Stiftungen könne sie dies nur noch einmal ausdrücklich kritisieren. - Die Vorsitzende, Abg. Strauß, schließt sich diesen Ausführungen von Abg. Schmitz-Hübsch an.

St Rocca bewertet auf eine Frage von Abg. Schmitz-Hübsch die Auswirkungen einer Verschiebung der Verabschiedung des Gesetzentwurfs auf den Juli für das betroffene Personal insofern als nicht inakzeptabel, weil die Direktoren der bisherigen beiden Stiftungen ihre

Vorbereitungen für die Zusammenlegung zur Innovationsstiftung weiterführten, sodass es dennoch möglich sei, klärende Abstimmungsgespräche kontinuierlich fortzusetzen.

Die weitere Beratung des Gesetzentwurfs wird von der Tagesordnung abgesetzt. Am Rande der April-Tagung des Landtages soll versucht werden, einen interfraktionellen Änderungsantrag zu erarbeiten, der dann in der Mai-Sitzung des Wirtschaftsausschusses erörtert werden soll.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über Seilbahnen für den Personenverkehr (Landesseilbahngesetz - LSeilbG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/ 3253

(überwiesen am 11. März 2004 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Ohne weitere Aussprache beschließt der federführende Wirtschaftsausschuss einstimmig, dem Plenum des Landtages zu empfehlen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Weitere GA-Mittel für die von Truppenreduzierung betroffenen Regionen
in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3164

(überwiesen am 21. Januar 2004 zur abschließenden Beratung)

Abg. Eichelberg spricht die Problematik an, dass die von Truppenreduzierung betroffenen Gemeinden dann, wenn sie Geld für Ausgleichsmaßnahmen erhielten, diese durch Eigenmittel komplementieren müssten; dazu seien sie jedoch nur selten in der Lage. Noch schlimmer sei die Situation, wenn es um den Erwerb von Immobilien gehe und darum, die Liegenschaften dann einer weiteren Verwendung zuzuführen. - An dieser Stelle bedauert Abg. Eichelberg erneut, dass M Dr. Rohwer anscheinend keine Zeit gefunden habe, an der Sitzung teilzunehmen.

St Rocca weist darauf hin, dass M Dr. Rohwer am heutigen Tag an der STRING-II-Abschlusskonferenz teilnehme und dass er den Ausschuss bitte, seine Abwesenheit zu entschuldigen. - Die von Abg. Eichelberg angesprochene Problematik bestätigt St Rocca. Die Gemeinden hätten einen Eigenanteil aufzubringen, den von der Truppenreduzierung besonders betroffenen Gemeinden sei auch eine Förderpräferenz eingeräumt worden, was letztlich zu einem geringeren Anteil der von diesen Kommunen aufzubringen Mittel führe. Bezüglich der Frage der Immobilien verweist St Rocca auf das Konversionsbüro, das in ständigem Kontakt mit dem Bundesverteidigungsministerium stehe. In den Fällen, in denen sich die Angebote weit von den Erwartungen des Bundes unterschieden, würden auch auf diesem Wege die Verkaufsverhandlungen kompetent begleitet. Unbeschadet dessen sei die Landesregierung weiterhin der Auffassung, dass hier gegenüber den Gemeinden vonseiten des Bundes mehr Entgegenkommen gezeigt werden müsse. Eine Festlegung der Preise im Einzelnen sei aber nicht möglich.

Abg. Eichelberg vertritt die Auffassung, dass die betroffenen Kommunen bezüglich der Kreativität, die von ihnen erwartet werde, zum Teil überfordert seien, zumal die Standorte ohnehin schon in regional schwachen Gebieten lägen. Er fragt, inwieweit die Landesregierung im Rahmen ihrer planerischen Möglichkeiten Konzepte erarbeitet habe, die Auskunft darüber gäben, wie die Entwicklung in den von Truppenreduzierung betroffenen Gemeinden aus übergeordneter Sicht gestaltet werden könnte.

St Rocca erklärt, dass es sich hier sowohl um ein „Kreativitätsproblem“ als auch um ein Zeitproblem handele. Die Gemeinden hätten anscheinend durchaus weniger Erfahrungen mit der Konzeption und Umsetzung von Plänen. Aus diesem Grunde habe die schleswig-holsteinische Landesregierung auch ein Regionalmanagement gefördert, um auf diese Weise konkrete Hilfestellung bei Projektentwicklungen zu geben. Den Gemeinden stehe darüber und auch über die kommunalen Spitzenverbände ein vielfältiges Beratungspotenzial zur Verfügung.

Abg. Eichelberg weist sodann auch darauf hin, dass sich viele der hier in Rede stehenden Orte mit ihrer Infrastruktur an dem Bedarf orientiert hätten, der eben mit der Anwesenheit der Bundeswehr in ihren Orten begründet gewesen sei. Wenn nunmehr Standorte geschlossen würden, Soldaten und ihre Familien die Region verließen, bedeutete dies auch einen erheblichen Verlust an Kaufkraft. Er möchte wissen, ob die Landesregierung untersucht habe, wie diese Kommunen ihre nach dem Abzug der Bundeswehr nicht mehr benötigte Infrastruktur finanzieren könnten.

St Rocca erklärt, dass ihm hierzu keine konkreten Zahlen bekannt seien, dass er diesem Punkt aber gern in Konsultation mit dem Innenministerium nachgehen wolle. Er verweist noch einmal darauf, dass man sich mit dem Konversionsbüro sehr bemühe, diesen Prozess aktiv zu begleiten. Er wünsche sich in dieser Frage - so fährt St Rocca fort - aber auch mehr Kreativität und Aktivität vonseiten der Kreise.

Der Ausschuss schließt mit der Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung seine Beratung über diesen Punkt ab.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Förderpolitik der Landesregierung
Zwischenbilanz beim Regionalprogramm 2000
(Pressekonferenz des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr vom
8. Dezember 2003)**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3131

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3165

(überwiesen am 21. Januar 2004 zur abschließenden Beratung)

Abg. Eichelberg äußert sich positiv zu den vom MWAV vorgelegten Eckpunkten der Förderpolitik des Landes, stellt aber zugleich fest, dass man sich solche Aussagen schon vor 15 Jahren gewünscht hätte. Darüber hinaus sei trotz positiver Ansätze die Frage nicht beantwortet worden, was das Land in den letzten noch verbleibenden Jahren der Laufzeit des Regionalprogramms 2000 in welchen Regionen mit welchen verfügbaren Mitteln plane. Insofern gebe es im Blick auf die noch schätzungsweise zur Verfügung stehenden 90 Millionen € keine klare Definition der Förderziele in Bezug auf Regionen und Branchen.

St Rocca verweist zu den Bemerkungen von Abg. Eichelberg auf die Programmanmeldungen, mit denen auch klar werde, welche Förderziele des Landes im Fokus stünden: weniger für neue Gewerbegebiete und mehr für den Tourismus. Insofern ergebe sich aus der Anmeldung die Beantwortung der von Abg. Eichelberg aufgeworfenen Fragestellungen.

AL Dr. Haass ergänzt, die Zwischenbilanz zum Regionalprogramm stehe im Zusammenhang mit der Evaluierung der Ziel-2-Förderung. In der Evaluierung des Regionalprogramms wie im Rahmen der Ziel-2-Förderung sei eine Verstärkung in den zentralen Clusterbereichen der schleswig-holsteinischen Wirtschaft in den Regionen empfohlen worden. Dies glaube man dadurch steuern zu können, dass man entsprechende Kompetenzzentren in diesen Clusterbereichen in den nächsten drei Jahren, also in Restlaufzeit der Förderperiode, auf den Weg bringen wolle. Dort, wo Schleswig-Holstein besondere Potenziale habe, müsse die Projektförderung die Clusterbildung nachhaltig unterstützen. Das Grundproblem dabei sei, dass das Land gleichzeitig an dem Botten-up-Prinzip festhalten wolle. Dies bedeute, dass versucht werden müsse, die Projektvorschläge der Regionen im gemeinsamen Dialog auf den Weg zu bringen, der der Unterstützung dieser Clusterbereiche entspreche.

Abg. Eichelberg bezeichnet diese Hinweise als zu allgemein, da es ihm darum gehe zu erfahren, was die Landesregierung zum Beispiel im Tourismusbereich konkret in welchen Orten plane. Zudem möchte er wissen, wie viele Anmeldungen für die noch zur Verfügung stehenden rund 90 Millionen € beim Land vorlägen, um dann daraus ableiten zu können, was quasi noch „Verfügungsmasse“ sei.

St Rocca erklärt, dass man hierbei über Ziel-2-Mittel im Rahmen des GA-Programms spreche, an die EU-Regelwerk angelegt werden müsse. Insofern sei es nicht möglich, willkürlich Planungen zu erarbeiten, sondern es seien im Rahmen sehr komplexer Verfahren Vorschläge und Anträge der Regionen zu bearbeiten. Die Landesregierung versuche, ihre Förderpolitik durch Ausrichtung auf Schwerpunkte wie zum Beispiel den Gesundheitsbereich und den Tourismusbereich im Rahmen der „Spielregeln“, die man zu beachten habe, so gestalten.

AL Dr. Haass kommt in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Zwischenbilanz zurück und unterstreicht, dass die Zwischenbilanz darlege, inwieweit die Förderziele erreicht worden seien, welche Konsequenzen sich daraus ergäben, wo neue Schwerpunkte gesetzt werden sollten und wie sich das auf die Förderentscheidungen des Landes auswirke. Wenn von „Zielen“ gesprochen werde, müsse akzeptiert werden, dass sehr unterschiedliche Zielebenen in einer Zielhierarchie gemeint seien. So werde zum Beispiel das allgemeine Ziel „Wachstum und Beschäftigung“ auf viele Details heruntergebrochen, damit verbunden auch auf die regionalen Entwicklungsziele. Bevor man letztlich bei einem einzelnen zu fördernden Projekt „lande“, werde eine sehr komplexe Diskussion über die allgemeinen Ziele der EU, der GA, des Landes und der Kommunen geführt. Zudem müsse bei dieser Erörterung berücksichtigt werden, dass es ausgeschlossen sei, eine EU-Förderpolitik, eine GA-Förderung ohne einen Projektträger durchzuführen. Projekte des Landes seien hier explizit von der Förderung ausgeschlossen.

Abg. Hentschel unterstreicht im Folgenden das Erfordernis, die Förderpolitik auf Schwerpunkte auszurichten, auf zentrale Leitprojekte und dabei unter dem Gesichtspunkt der Clusterbildung darauf zu achten, was in welcher Region bereits mit großer Kompetenz und mit Erfolg vorhanden sei. Die sich so herauskristallisierenden Schwerpunkte müssten dann entsprechend verstärkt werden.

Abg. Eichelberg kommt auf seine Frage zurück, welche Mittel des „Restbudgets“ bis 2006 gebunden seien und welche zu kalkulierenden Folgekosten aus den bereits geförderten Projekten erwachsen. Erst wenn diese Fragen beantwortet worden seien, wisse man auch, welcher finanzielle Spielraum beim Regionalprogramm 2000 noch gegeben sei, und erst dann könne man Überlegungen bezüglich der Verwendung der dann noch verbleibenden Finanzsumme anstellen.

Auf Anregung der Vorsitzenden, Abg. Strauß, bittet der Ausschuss die Vertreter des MWAV um schriftliche Beantwortung des von Abg. Eichelberg angesprochenen Fragenkomplexes. - St Rocca regt darüber hinaus eine gesonderte Diskussion im Ausschuss über die Zukunft der Strukturförderung an, die zugleich die Frage impliziert, was nach dem Jahr 2006 geschehen werde und welche EU-Folgeförderung dabei eine Rolle spielen werde.

Unter dem Vorbehalt der Fortsetzung der inhaltlichen Diskussion über diesen Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Ausschusssitzungen nehmen die Ausschussmitglieder den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/3165, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Personalserviceagenturen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3204

(überwiesen am 19. Februar 2004 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Ohne weitere vertiefte Diskussion nimmt der Ausschuss den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/3204, zur Kenntnis und erklärt seine Beratungen auch im Blick auf die erfolgte Plenardebatte für abgeschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Gestaltung „deutsch-deutscher Grenzweg“

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3163

(überwiesen am 11. März 2004)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/3163, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Zukünftige Energiepolitik in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3281

(überwiesen am 11. März 2004 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umweltausschuss zur abschließenden Beratung)

Ausgelöst durch Fragen von Abg. Dr. Graf Kerksenbrock und Abg. Eichelberg nimmt St Voigt schwerpunktmäßig zu den Themenbereichen Kraftwerksplanungen in Schleswig-Holstein vor dem Hintergrund des „Atomkonsenses“ sowie zu der Frage des Ersatzes der durch das Auslaufen der Kernkraftwerke ausfallenden Stromproduktion Stellung. Dabei verweist er noch einmal ausdrücklich darauf, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen und damit als Folge auch wesentliche Parameter der Energiemarktentwicklung weit überwiegend durch den Bundesgesetzgeber und durch die EU vorgegeben würden. Nichtsdestoweniger versuche die Landesregierung, ihren Einfluss im Dialog mit den Energieunternehmen sowie auch im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens auszuüben. Leitlinien der Landesregierung für ihre Energiepolitik sei dabei die Umsetzung der drei Grundlinien Mobilisierung vorhandener Energiesparpotenziale, Erhöhung der Effizienzsteigerung auf der Erzeugungs- und Verbraucherseite sowie kontinuierliche Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien.

Die Frage der Vorsitzenden, Abg. Strauß, nach dem Anteil der Kernkraftwerke am Bruttoinlandsprodukt wird St Voigt schriftlich beantworten.

Abschließend stehen Auswirkungen des ab 2005 europaweit geplanten Emissionshandels mit Verschmutzungszertifikaten im Mittelpunkt der Ausschussberatungen. Insoweit wird auf die Ausführungen unter Nummer 6 des Berichts der Landesregierung, Drucksache 15/3281, verwiesen.

Die Vorlage wird vom Wirtschaftsausschuss einstimmig zur Kenntnis genommen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

a) Sicherheit von Kernkraftwerken in Schleswig-Holstein (Drucksache 15/3269)

und

b) Sicherheitskriterien für Atomkraftwerke (Drucksache 15/3291)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3289

(überwiesen am 11. März 2004 an den **Sozialausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Umweltausschuss)

Ohne weitere vertiefte Aussprache nehmen die Ausschussmitglieder den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/3289, einstimmig zur Kenntnis und empfehlen dem federführenden Sozialausschuss die Unterbreitung einer dem Rechnung tragenden Beschlussempfehlung an das Plenum des Landtages.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Terminplanung für das zweite Halbjahr 2004

Umdruck 15/4333

Die Terminplanung wird in der Fassung des Umdrucks 15/4333 (neu) gebilligt.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Es besteht Einvernehmen, den interfraktionell verabredeten Gesetzentwurf zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes, der in der April-Tagung des Landtages eingebracht werden soll, in einer Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses am 29. April zu beraten. Damit soll sichergestellt werden, dass die Vorlage in der April-Tagung des Landtages auch in zweiter Lesung verabschiedet werden kann.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, schließt die Sitzung um 12 Uhr.

gez. Roswitha Strauß

Vorsitzende

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer